

## Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät\*innen Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi (SPÖ), Cornelia Sucher, BA (SPÖ), Filip Worotyński, MA (SPÖ), Dipl.-Ing. Selma Arapović (NEOS), Mag.a Angelika Pipal-Leixner, MBA (NEOS) und Dr. Arabel Bernecker-Thiel (NEOS) zu Post Nr. 16 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 19.05.2026.

**Betreffend: „Schilderwald lichten! Für die Überarbeitung der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen betreffend Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen“**

### BEGRÜNDUNG

Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen sind ein zentrales und essentielles Werkzeug, um gegenüber den diversen Verkehrsteilnehmer\*innen die geltende Verkehrsordnung zu kommunizieren bzw. komplexe verkehrsorganisatorische Situationen nachvollziehbar, intuitiv und sicher auszuweisen. Gleichzeitig stellen insbesondere Verkehrsschilder in ihrer Fülle und Vielfalt im Zuge ihrer Errichtung und Erhaltung einerseits einen nicht unerheblichen Kostenfaktor im Bereich der Kommunalverwaltung dar und können andererseits auch zu Engstellen auf Rad- und Fußwegen beitragen, was wiederum dem Sinn der angestrebten Barrierefreiheit im öffentlichen Raum widerstrebt.

Insofern gab es in der Vergangenheit immer wieder Initiativen, um den umgangssprachlichen „Schilderwald“ auszudünnen und so manche Verkehrssituation dadurch zu verschlanken bzw. verständlicher zu machen. Im Rahmen der letzten Landesverkehrsreferentenkonferenz im September 2025 wurde beispielsweise ein Antrag verabschiedet, der bereits sehr spezifische Vorschläge für vereinfachte Kundmachungen lieferte, weiters wurde auch auf fachlicher Ebene bereits seitens der Wiener Magistratsabteilung 46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten im Rahmen der letzten StVO-Tagung ein Positionspapier zum Thema präsentiert.

Im Wesentlichen wird eine Vielzahl von Vereinfachungen vorgeschlagen, die von verstärkter Verwendung von Bodenmarkierungen und Piktogrammen als Kundmachungsoption (vgl. gelbe Linie), der teilweisen Abkehr von portalartigen Kundmachungen auf beiden Straßenseiten (z.B. im Fall von Einbahnen) sowie der Möglichkeit zur Platzierung der Verkehrszeichen in der Parkspur anstelle des Gehsteigs reichen. Um ein solches kosteneffizientes und platzsparendes Vorgehen auch entsprechend rechtssicher zu ermöglichen, sind in weiterer Folge einige Änderungen in der Straßenverkehrsordnung erforderlich.

Die gefertigten Gemeinderät\*innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

### **BESCHLUSSANTRAG**

Der Wiener Gemeinderat ersucht den zuständigen Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur KommR. Peter Hanke um Überprüfung, Berücksichtigung und legislative Ermöglichung der dargelegten Vereinfachungs- bzw. Adaptierungsvorschläge zur Kundmachung von Verkehrsvorschriften mittels Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen im Rahmen der nächsten StVO-Novelle sowie um die entsprechende Abstimmung mit den zuständigen Expert\*innen der Länder.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 18.5.2026

